



FÜR BERLIN.

Das Beste für Berlin.

Sofortprogramm des Berliner Senats. Eine Bilanz.



Gemacht. Für Berlin.

Der Berliner Senat aus CDU und SPD ist mit dem Anspruch angetreten, Bewährtes zu bewahren und Neues mutig anzupacken. Danach richten wir unser gesamtes politisches Handeln aus. Der Senat arbeitet pragmatisch und lösungsorientiert. Mit dem Sofortprogramm haben wir unsere ersten Vorhaben, die wir auf der Klausurtagung im Juni beschlossen haben, umgesetzt, sodass wir jetzt sagen können:

Gemacht. Für Berlin.

Es geht um die volle Unterstützung der Sicherheitskräfte unserer Stadt. Wir haben den Grundstein gelegt für ein sicheres Berlin, für gut ausgestattete Sicherheitsbehörden, einen konsequenten Rechtsstaat und eine handlungsfähige Justiz.

Es geht um eine starke Wirtschaft. Wir haben Berlin für Gründerinnen und Gründer attraktiver gemacht. Es geht um gute Arbeit und mehr Ausbildungsplätze. Der Senat hat alles darangesetzt, allen die Chance auf ein gutes Leben zu ermöglichen.

Es geht um guten, verlässlichen Unterricht an den Berliner Schulen und um mehr Chancengerechtigkeit von Anfang an. Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass Kinder und Jugendliche ihre Bildungslaufbahn erfolgreich absolvieren, um ihr Leben später nach den eigenen Vorstellungen gestalten zu können.

Es geht um gute Ausbildung und Zukunftsperspektiven für junge Menschen. Wir schaffen deshalb gemeinsam mit der Wirtschaft und Verbänden zusätzliche Ausbildungsplätze in Berlin. Berlin ist und bleibt ein sicherer Hafen für geflüchtete Menschen - wir stellen uns den Herausforderungen und haben deshalb eine Taskforce zur Unterbringung und Integration Geflüchteter gegründet.

Es geht um eine kluge und pragmatische Verkehrspolitik. Mit gezielten Maßnahmen sorgen wir für mehr Miteinander statt Gegeneinander auf den Berliner Straßen.

Es geht um exzellente Wissenschaft in Berlin. Wir haben die Hauptstadt als innovativen Wissenschaftsstandort weiter profiliert. Es geht um die Kulturmetropole Berlin. Wir haben die internationale Strahlkraft der Stadt weiter erhöht und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Stadt gestärkt.

Es geht darum, mehr und schneller zu bauen. Das Sofortprogramm hat die Weichen für mehr Wohnungen und bezahlbaren Wohnraum für alle Berlinerinnen und Berliner gestellt. Es geht um Berlin als attraktiven Arbeitgeber. Der Senat hat eine umfassende Strategie entwickelt, um die besten Köpfe für die Stadt zu gewinnen.

Es geht um solide Finanzen. Der Senat hat deshalb in Rekordzeit den Doppelhaushalt für die Jahre 2024/25 beschlossen und darüber hinaus ein Sondervermögen „Klimaschutz, Resilienz, Transformation“ aufgelegt.

Und natürlich geht es um eine funktionierende Verwaltung, die die Chancen der Digitalisierung nutzt und für die Berlinerinnen und Berliner da ist. Die Maßnahmen des Sofortprogramms bilden dabei das Fundament der notwendigen Verwaltungsmodernisierung.

Das Sofortprogramm - das haben wir gemacht. Für Berlin.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe

Wir machen Berlin zur Startup- und Gründungshauptstadt Europas. Deshalb haben wir ein umfassendes **Startup-Paket initiiert**. Damit erleichtern wir Unternehmensgründungen und stärken den Innovationsstandort Berlin. Die Anzahl der Stipendien wurden erhöht, damit noch mehr Gründerinnen und Gründer die Möglichkeit haben, ihre Ideen umzusetzen. An der Hochschule für Technik und Wirtschaft wurde testweise ein Kontakt-Büro für kleine und mittlere Betriebe eingerichtet. Damit werden Forschung und Mittelstand in Berlin besser miteinander vernetzt.

Die Berliner Wirtschaft hat sich in den vergangenen Jahren als krisenfest erwiesen, dennoch spüren wir die Nachwirkungen von Energiekrise und Corona-Pandemie bis heute. Aus diesem Grund entwickeln wir das Programm **„Neustart Berlin“** gemeinsam mit den Branchen weiter. Eckpunkte für ein Resilienzprogramm liegen nun vor. Damit werden wir die Branchen unterstützen, die besonders unter den Krisen der letzten Jahre gelitten haben, auch für die Zukunft robust aufgestellt zu sein: den Tourismus, die Veranstaltungsbranche, die Gastronomie, die Hotellerie, den Einzelhandel und die Kreativwirtschaft.

Berlin braucht eine nachhaltige Energieversorgung. Deshalb haben wir das **Förderprogramm „SolarPlus“ erweitert**. Dieses förderte bislang die Installation von Photovoltaik-Balkonanlagen für Mietwohnungen. Jetzt umfasst das Programm auch Solaranlagen auf selbst genutztem Wohneigentum und Kleingartenparzellen. Denn die Energiewende kann nur gelingen, wenn sie überall stattfindet.

Gleichstellung ist die Grundlage für eine erfolgreiche und moderne Wirtschaft – dafür steht der **Chancenfonds**. Wir wollen das gesamte Potenzial Berlins ausschöpfen, dazu gehört, dass mehr Frauen Unternehmen gründen. Hierfür haben wir den GründerinnenBONUS von bis zu 10.000 Euro zusätzlich und das **Gründerinnenstipendium** auf den Weg gebracht.

Vernetzung ist die Erfolgsgrundlage in der digitalen Welt. Wir haben die Berliner Gigabitstrategie entscheidend fortgeführt, damit alle Berlinerinnen und Berliner bis 2028 einen Glasfaseranschluss haben. Der neue **Gigabit-Monitor** gibt einen aktuellen Überblick über den Stand des Netzausbaus. Und die neuen Zielvereinbarungen mit den Bezirken helfen dabei, Genehmigungsverfahren weiter zu beschleunigen.

Senatsverwaltung für Finanzen

In Berlin arbeiten, für Berlin arbeiten: Wir haben eine moderne Strategie entwickelt und ein **Personalentwicklungsprogramm 2030** beschlossen, um mehr Personal für das Land Berlin zu gewinnen. Damit begegnen wir den Herausforderungen durch die Wettbewerbssituation, um Fachkräfte sowie den demografischen Wandel mit einem zukunftsfesten Plan, um Talente für die Berliner Verwaltung zu halten und zu begeistern. So stellen wir sicher, dass die Berliner Verwaltung bis 2030 und darüber hinaus zukunftsfähig bleibt.

Essenzielle Grundlage für unsere Arbeit ist der Haushaltsplan. Wir haben den Entwurf für den **Doppelhaushalt** für die Jahre 2024/25 in Rekordzeit beschlossen und ins Abgeordnetenhaus eingebracht. Ein Novum für unsere Stadt ist das **Sondervermögen „Klimaschutz, Resilienz und Transformation“**. Hierfür haben wir ein Volumen von fünf Milliarden Euro eingeplant. Das Sondervermögen wurde ebenfalls beschlossen und ins Abgeordnetenhaus eingebracht.

Die Energieversorgung Berlins muss klimaschonend, sicher und bezahlbar sein. Wir wollen mehr Einfluss auf die Energieversorgung nehmen und streben dabei den **Erwerb des Fernwärmenetzes** an – damit die Wärmewende gelingt und für alle Bürgerinnen und Bürger finanziell zu stemmen ist. Dabei setzen wir auf starke industrielle Partner, denn nur zusammen können wir die Wende schaffen.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Wir stärken die Sicherheit in der Hauptstadt, indem wir unsere Sicherheitsbehörden stärken. Wir verbessern ihre Ausstattung und geben ihnen Rechnormen an die Hand, die sie handlungs- und zukunftssicher machen. Dafür haben wir unter anderem eine weitreichende **Reform der rechtlichen Befugnisse von Polizei, Feuerwehr und Ordnungsämtern** angestoßen. Der vorgestellte Gesetzentwurf zum Allgemeinen Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (ASOG) ermöglicht unter anderem den Einsatz moderner Sicherheitstechnik wie Dashcams, Taser und Bodycams sowie die Verlängerung des Unterbindungsgewahrsams. Mit Blick auf das Deliktsfeld der Häuslichen Gewalt können gerade die beiden Letztgenannten sowohl in der Prävention als auch der Strafverfolgung unterstützen. Auch der finale Rettungsschuss als Ultima Ratio wird im Rahmen der zwei Phasen der Novellierungen rechtssicher geregelt.

Als Konsequenz der Ausschreitungen zum Jahreswechsel 2022/2023 fand im Januar der erste **Gipfel gegen Jugendgewalt** statt. Prävention, Intervention und Repression, in diese drei Gebiete teilen sich die dabei erarbeiteten Maßnahmen auf, wobei der Schwerpunkt klar auf der Prävention liegt. Auch hier sind bereits Erfolge zu verzeichnen, wurden Maßnahmen schon umgesetzt. Wir haben die kiezorientierte Gewalt- und Kriminalprävention sowie Projekte gegen Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst gestärkt. In diesem Kontext haben wir Veranstaltungen und Workshops mit der Berliner Feuerwehr und Rettungskräften in den Kiezen durchgeführt, in denen es vermehrt zu Angriffen kam. Darüber hinaus beschafft die Polizei Berlin aktuell mobile Technik für die Präventionsarbeit mit Jugendlichen und wird sie noch in diesem Jahr einsetzen.

Wir unterstützen diejenigen, die für die Sicherheit in Berlin eintreten, auf vielfältige Weise. Alarmierungen und Schichtdienst erschweren die Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes. Um diese zu verbessern, werden für Polizei, Feuerwehr und Justiz derzeit die gesetzlichen Grundlagen für eine Ausnahmeregelung von der **Parkraumbewirtschaftung** angepasst.

Berlin hat die weltweit größte inklusive Sportveranstaltung, die Special Olympics World Games (SOWG) 2023, geplant, ausgerichtet und sich international als inklusive Sportmetropole bewiesen. Im Rahmen der SOWG haben wir das **Nachhaltigkeitsprogramm Inklusion 2023** initiiert, um Sichtbarkeit zu steigern und nachhaltig Nutzen für alle Menschen mit Beeinträchtigungen in der Hauptstadt zu generieren. „Sport im Park inklusiv“, das inklusive Sportfest der Berliner Gemeinschaftsschulen, sowie eine durch den Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg entwickelte App in leicht verständlicher Sprache sind nur einige Resultate dessen und stärken den inklusiven Charakter unserer Stadt. Die Verbesserung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ist damit auch weit über 2023 hinaus fest verankert.

Um die Attraktivität der Berliner Bäder zu erhöhen, haben wir in Service, Ausstattung und Qualität investiert. Mit Expresszugängen und einer Vereinfachung des Onlineshops für den Eintrittskartenverkauf haben wir **die Services der Berliner Bäder-Betriebe** verbessert. Zudem soll eine Auslastungsanzeige für Hallen- und Sommerbäder in 2024 sukzessive folgen.

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz

Wir gehen entschieden gegen Organisierte Kriminalität vor. Wir stärken die **Rechtsdurchsetzung bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und Clankriminalität**. Für eine Justiz, die die Stadt sicherer macht. Einen Schwerpunkt haben wir auf die Abschöpfung von Vermögenswerten gelegt, die durch Straftaten erlangt wurden. Außerdem wollen wir die Vernetzung zwischen den Senatsverwaltungen und Bezirken stärken und insbesondere Inneres und Justiz besser verzahnen.

Um Straftaten besser verfolgen zu können, stärken wir die Justiz personell. Durch mehr **Personal bei der Staatsanwaltschaft in den Jugend- und Intensivtäterabteilungen** setzen wir der Jugendkriminalität dort Grenzen, wo Präventionsmaßnahmen nicht wirken. Zu diesem Zwecke sieht der vom Senat beschlossene Haushalt für 2024/2025 sieben zusätzliche Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie sieben zusätzliche Beschäftigte in den Geschäftsstellen vor.

Wir schützen Verbraucherinnen und Verbraucher. Dafür steht der neu eröffnete zweite Standort der Verbraucherzentrale Berlin e.V. im Ostteil von Berlin. Durch den **Ausbau der stadtweiten Anlaufstellen für Verbraucherberatung** für alle Berlinerinnen und Berliner haben **wir den Verbraucherschutz** in Berlin generell gestärkt.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Alle Kinder sollen die gleichen Chancen haben, erfolgreich in die Schule zu starten. Gleichzeitig ist jedes Kind einzigartig - mit unterschiedlichen Stärken und Schwächen: Deshalb legen wir großen Wert auf frühkindliche Bildung und deshalb rufen wir das **Kita-Chancenjahr** ins Leben. Damit werden wir für eine rechtzeitige Sprachstandfeststellung sorgen und die notwendigen Voraussetzungen für eine verpflichten Sprachförderung vor Schulbeginn schaffen - gemeinsam mit Kitas, Bildungseinrichtungen und Bezirken. Für mehr Chancengerechtigkeit von Anfang an.

Berlin wächst. Damit jedes Kind dieser Stadt einen Kita- und Schulplatz findet, hat die **Beschleunigung von Schulbaumaßnahmen und des Kita-Ausbaus** für diesen Senat Priorität. Deshalb haben wir einen detaillierten Zeit-Maßnahmen-Plan für sämtliche Baumaßnahmen dieser Wahlperiode erarbeitet und schaffen mittels eines

kartengestützten Bürgerinformationssystems Transparenz zu Vorhaben und Fortschritten.

Unsere Kinder brauchen einen Schulplatz - und sie brauchen gut ausgebildete Lehrer, die sie dabei unterstützen, gute Leistungen zu erbringen. Angesichts des anhaltenden, deutschlandweiten Lehrkräftemangels kommt es deshalb darauf an, den Lehrerberuf wieder attraktiver zu machen und unsere Lehrkräfte zu entlasten. Nur so kann Unterricht verlässlich stattfinden. Zu diesem Zweck haben wir im Rahmen des Sofortprogramms gleich drei Vorhaben erfolgreich aufgelegt: Die Umsetzung der **Lehrkräfteverbeamtung** sowie des Nachteilsausgleichs für die Lehrer, die nicht verbeamtet werden können oder möchten. Die **Abschaffung der verpflichtenden MSA-Prüfungen an Gymnasien** und die Möglichkeit der **Durchführung schulgesetzlicher Gremien**, wie zum Beispiel Gesamt-, Schul- und Fachkonferenzen, **per Videokonferenz**.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege

Wir stärken den Wissenschaftsstandort Berlin. Mit den elf staatlichen Berliner Hochschulen und der Charité haben wir die **Hochschulverträge** vereinbart. Nach ihrer Bestätigung durch das Abgeordnetenhaus legen die Hochschulverträge die Finanzierung und zentralen Ziele der Hochschulen für die kommenden fünf Jahre fest. Die Verträge garantieren den Hochschulen eine jährliche Steigerung der Mittel um fünf Prozent. Das ist bundesweit einmalig. Im Kampf gegen Lehrkräftemangel in unserer Stadt schaffen wir gemeinsam mit den Hochschulen Kapazitäten für 2500 Absolvierende.

Berlins Hochschullandschaft zeigt eine außergewöhnliche Bandbreite und ist international hoch anerkannt. Auch die **Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW) sollen das Promotionsrecht erhalten**. Eine Expertinnen- und Expertenkommission hat dazu ein Eckpunktepapier erarbeitet und wird bis Ende des Jahres einen umfassenden Abschlussbericht mit Empfehlungen für die rechtssichere Umsetzung vorlegen.

Das **Krankenhaus des Maßregelvollzugs (KMV) soll saniert und erweitert** werden. Dazu haben wir den „Masterplan KMV 2040“ weiterentwickelt. Einen Teil der Maßnahmen haben wir bereits umgesetzt: Auf dem Gelände des KMV können im „Haus 4“ zwölf neue Plätze genutzt werden. Wir erschließen zudem eine weitere neue Immobilie, die vom KMV mitgenutzt werden kann. Außerdem wertschätzen wir

die wichtige Arbeit, die jeden Tag von Pflegefachkräften, Ergo- und Physiotherapeutinnen und -therapeuten geleistet wird mit einer außertariflichen Zulage.

Die Ausbildung von Pflegekräften ist die wichtigste Säule der Fachkräftesicherung in der Pflege. Um die Qualität der Ausbildung weiter zu verbessern und Ausbildungsabbrüche zu verhindern, haben wir eine **Ombudsstelle für Auszubildende nach dem Pflegeberufegesetz** eingerichtet, die sich in Konfliktfällen für die Belange der Pflegeauszubildenden einsetzt. Sie wird im kommenden Jahr ihre Arbeit aufnehmen.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Berlin ist und bleibt ein sicherer Hafen für geflüchtete Menschen. Die **Task Force zur Unterbringung und Integration Geflüchteter** koordiniert und beschleunigt Planungen und Prozesse, damit Entscheidungen bei der Unterbringung und Versorgung schneller getroffen werden können. Dafür haben wir das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten entlastet und personell verstärkt. Zudem führen wir fortlaufend Gespräche mit den Bezirken, um eine gleichmäßige Verteilung zu erreichen und damit stärkere Anreize für die Bereitstellung von Unterkünften zu schaffen.

Junge Menschen brauchen Zukunftsperspektiven. Mit dem neuen **Bündnis für Ausbildung verfolgen wir das Ziel, die Ausbildungslücke in Berlin zu schließen**. Bis August 2025 schaffen wir 2.000 zusätzliche vertraglich geschlossene Ausbildungsplätze.

Das Land Berlin setzt die **Istanbul Konvention** gegen Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt konsequent um. Hierfür haben wir gemeinsam mit der Zivilgesellschaft einen umfassenden Landesaktionsplan entwickelt, der fortlaufend umgesetzt wird.

Berlin ist die Stadt der Freiheit und Vielfalt. Im Sommer 2023 hat die **queerbeauftragte Person** ihre Arbeit aufgenommen. Mit der neu geschaffenen Stelle für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt beweist Berlin erneut, dass sie Regenbogenhauptstadt ist.

Das Land Berlin übernimmt Verantwortung und ist der Stiftung Härtefallfonds des Bundes beigetreten. Mit ca. 27 Millionen Euro wollen wir die Auszahlungen aus dem Härtefallfonds für Härtefälle der Ost-West-Rentenüberleitung, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und jüdische Kontingentflüchtlinge unterstützen.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Berlin ist eine **Kulturmetropole** für alle. Kostenlose Veranstaltungen im Freien bilden dabei einen wichtigen Baustein und sind zugleich eine Besonderheit des Berliner Kulturlebens. Mit zahlreichen Veranstaltungen wie dem Kultursommerfestival, der Initiative Draußenstadt oder dem Karneval der Kulturen haben wir gezeigt, dass wir dafür sorgen, dass diese Berliner Attraktionen erhalten bleiben und viele Menschen am vielfältigen Kulturleben in Berlin teilhaben können.

Bibliotheken sind wichtige Kultur- und Bildungsorte in unserer Stadt, denn sie ermöglichen wohnortnahe Kulturarbeit. Um sie und damit insbesondere die Kulturarbeit in den Innen- und Außenbezirken zu stärken, haben wir die entscheidenden Eckpunkte für ein eigenes **Berliner Bibliotheksgesetz erarbeitet**. Das Gesetz soll Ziele, Aufgaben, Rechte und Pflichten der Berliner öffentlichen Bibliotheken definieren, verbindliche Standards in der Bibliotheksversorgung festlegen und die laufende Weiterentwicklung der Standards ermöglichen.

Berlin ist und bleibt die Stadt des bürgerschaftlichen Engagements und des Ehrenamts. Mit der neuen **Koordinierungsstelle für das Landesnetzwerk Bürgerengagement**, das aus etwa 90 Netzwerkmitgliedern besteht, haben wir eine professionelle Struktur zu dessen Stärkung geschaffen. Außerdem fördern wir eine jährliche Konferenz zum Thema Engagement.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

Berlin ist eine Stadt, die für alle da ist – egal ob sie zu Fuß, mit Bus und Bahn, mit dem Fahrrad oder Auto unterwegs sind. Bei der Gestaltung des Verkehrs behalten wir im Sinne des Miteinanders alle im Blick. Mit der Novellierung des

Mobilitätsgesetzes haben wir insbesondere beim Wirtschaftsverkehr, bei innovationsfördernde Rahmenbedingungen und Open Data Klarheit geschaffen.

Wir haben die **Friedrichstraße wieder für alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer geöffnet**. Für die Zukunft der Friedrichstraße und deren angrenzende Bereiche bereiten wir derzeit die Entwicklung eines Masterplans vor. Ziel ist ein überzeugendes und tragfähiges Gesamtkonzept für alle Berlinerinnen und Berliner.

Wir ermöglichen günstigen Nahverkehr für alle Berlinerinnen und Berliner. Deshalb führen wir das **29-Euro-Ticket ab 2024** unter dem Dach des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg wieder ein.

Wir machen Berlin unabhängig von fossilen Energieträgern, um Berlin so schnell wie möglich und deutlich vor den bundespolitisch gesetzten Zielen klimaneutral zu gestalten. Dafür erproben wir die Nutzung von Erdwärme und haben die Roadmap für **Tiefe Geothermie** beschlossen. Sie ist ein wichtiger Baustein für unser Vorhaben. In diesem Sommer haben wir drei Pilotstandorte zur Erprobung der tiefen Geothermie identifiziert.

Wir schaffen ein sauberes Berlin, mit weniger Müll. Seit dem Sommer entwickelt Deutschlands erste **Zero-Waste-Agentur** innovative Strategien, um die Menge des städtischen Abfalls dauerhaft zu reduzieren und den Ressourcenschutz zu stärken. Die Zero-Waste-Agentur ist bei den Berliner Stadtreinigungsbetrieben (BSR) angesiedelt.

Wir erhöhen die **Verkehrssicherheit für Fußgängerinnen und Fußgänger**, insbesondere für Kinder und Jugendliche. Gemeinsam mit den Bezirken arbeiten wir konsequent an der Vision Zero: Einen Straßenverkehr ohne Getötete und Schwerverletzte. Dafür rüsten wir ab Ende des Jahres schrittweise Ampeln mit Countdown-Anzeigen aus und schaffen mehr Fußgängerüberwege in allen Bezirken.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Berlin ist Stadt der Mieterinnen und Mieter. Um sie besonders zu schützen, haben wir die **Kündigungsschutzklausel-Verordnung** für weitere zehn Jahre **verlängert**. In der gesamten Stadt besteht damit bis zum Jahr 2033 eine zehnjährige Kündigungsfrist, wenn Vermieter beabsichtigen, die Mietwohnung in eine Eigentumswohnung umzuwandeln.

Berlin muss auch für Menschen mit niedrigen Einkommen bezahlbar bleiben. Dafür haben wir die **Wohnungsbauförderungsbestimmungen (WFB) 2023** fortgeschrieben und den Kreis der Förderberechtigten erweitert. Pro Jahr stehen 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung, damit jährlich 5.000 neue Sozialwohnungen gebaut werden können.

Berlin wächst und damit auch der Bedarf an Wohnraum. Über die Stadt verteilt entstehen mehr als 20 Neue Stadtquartiere für über 100.000 Menschen. Für das Quartier **Buch - Am Sandhaus** haben wir den Rahmenplan beschlossen. Wir bauen dabei zukunftsorientiert: flächensparend und ökologisch in einer autoarmen Umgebung.

Wir möchten schnell neuen Wohnraum schaffen, lange Planungsprozesse vermeiden und Verfahren beschleunigen - und dabei bezahlbar, ressourcenschonend und klimafreundlich bauen. Aus diesem Grund haben wir die **Bauordnung** novelliert. Dadurch werden unter anderem Dachausbauten und serielles Bauen erleichtert. Zusätzlich erarbeiten wir das **Schneller-Bauen-Gesetz**, dessen Eckpunkte im Senat beschlossen wurden. Bis Ende des Jahres erarbeiten wir einen Referentenentwurf mit Vorschlägen zur Vereinfachung und Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren. Wir tauschen uns eng mit anderen Behörden und den Bezirken aus, damit Denkmal-, Natur- und Artenschutz bei Bauvorhaben gut aufeinander abgestimmt sind und Projekte schneller umgesetzt werden können.

Senatskanzlei

Berlin braucht einen guten öffentlichen Rundfunk. Gemeinsam mit dem Land Brandenburg haben wir eine Neufassung des **RBB-Staatsvertrages vorgelegt**. Damit ziehen wir die notwendigen Konsequenzen aus dem RBB-Skandal und werden bundesweit Vorreiter für **Transparenz** und **Kontrolle** beim RBB sein. Zugleich stärken wir die **Gremienaufsicht** und passen die Vergütungsstrukturen an. Die Hinweise der Rechnungshöfe haben wir dabei nahezu vollständig berücksichtigt. Der Staatsvertrag wird Anfang November in einer gemeinsamen Kabinettsitzung beschlossen und dann den Parlamenten in Berlin und Brandenburg zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

Berlin ist Anlaufstelle für Filmschaffende aus der ganzen Welt und begehrte Kulisse für zahlreiche Produktionen. Wir haben eine zentrale Anlaufstelle für **Drehgenehmigungen geschaffen**. Damit optimieren wir die Verfahren und unterstützen die Genehmigungsbehörden in ihrer Arbeit. Zudem beraten wir Filmschaffende, damit Berlin auch in Zukunft die Filmhauptstadt bleibt.

Berlin ist eine Weltmetropole mit Partnerstädten in der ganzen Welt. Wir bauen dieses Netzwerk weiter aus und intensivieren den Austausch. Unsere besondere Solidarität gilt der Ukraine. Um dies zu unterstreichen, haben wir mit der Hauptstadt Kyiv eine **Städtepartnerschaft** unterzeichnet. Außerdem streben wir weiter eine **Städtepartnerschaft** mit **Tel Aviv** an und bauen unsere gesellschaftliche Zusammenarbeit mit der israelischen Metropole weiter aus.

Berlin ist Teil der europäischen Gemeinschaft im Herzen Europas. Wir wollen die **EU-Förderprogramme** in unserer Stadt **besser nutzen**. Um die Fachebenen zu entlasten, sollen die Beantragung, Abrechnung und Abwicklung von EU-geförderten Projektgebündelt werden. Dazu haben wir ein erstes Eckpunktepapier verabschiedet und die Fachgruppe EU-Fördermittel ins Leben gerufen. So wird auch kleineren Projektträger der Zugang zu Förderungen erleichtert und die EU-Förderprogramme werden besser und effektiver genutzt. Davon profitiert die ganze Stadt. Darüber hinaus machen wir uns bei den Diskussionen über EU-Strukturfonds in Brüssel für die Berliner Interessen stark, um ein hohes Fördervolumen zu sichern.

Wir wollen eine grundlegende **Reform der Berliner Verwaltung** - mit transparenten Zuständigkeiten und klaren Verantwortlichkeiten. Dafür haben wir im Senat eine Agenda zur Verwaltungsreform beschlossen, die wir zuvor mit den Bezirken abgestimmt und im Rahmen einer Klausur des Regierenden Bürgermeisters mit den Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeistern besprochen haben. Zugleich haben wir ein Beteiligungskonzept für die Ablösung des AZG-Gesetzes vorgelegt, mit dem wir unmittelbar starten und in den nächsten Wochen und Monaten gemeinsam mit allen „Stakeholdern“ die Zuständigkeiten neu sortieren werden. Durch den strukturierten Beteiligungsprozess werden die Perspektiven von Haupt- und Bezirksverwaltungen sowie der Fachexpertise, Wirtschaft und Stadtgesellschaft gleichermaßen in Einklang gebracht - für eine funktionierende Verwaltung. Der Beteiligungsprozess soll bis Mai 2024 dauern, anschließend werden wir einen Gesetzentwurf erarbeiten und dem Senat zur Beschlussfassung vorlegen.

Das sog. „**Projekt 14-Tage-Ziel**“ in den **Bürgerämtern** wurde zwischenzeitlich abgeschlossen und ein umfangreiches Maßnahmenpaket beschlossen - dieses werden

wir nun Schritt für Schritt umsetzen und dadurch ein besseres Angebot für unsere Bürgerinnen und Bürger schaffen. Die Bezirke erhalten 100 zusätzliche Stellen für die Bürgerämter. Zusätzlich wird es einen Springerpool mit bis zu 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geben, mit dem Belastungsspitzen in den Bürgerämtern aufgefangen werden können. Neben dem neuen Bürgeramt in der Klosterstraße in Mitte werden wir in vier weiteren Bezirken neue Bürgerämter eröffnen: In Marzahn-Hellersdorf und Spandau sollen Standorte im nächsten Jahr eröffnen, Pankow und Treptow-Köpenick folgen voraussichtlich in 2025. Außerdem haben die Bezirke jeweils drei Stellen für die Einrichtung von ständigen Wahlämtern erhalten, damit werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter künftig nicht mehr für die Vorbereitung und Durchführung von Wahlen aus den Bürgerämtern abgezogen.

Zusätzlich entlasten wir die Bürgerämter auch dadurch, dass wir immer mehr **Bürgerdienstleistungen digital** anbieten. So können die Berlinerinnen und Berliner seit Anfang September alle neueren Fahrzeuge (ab 2018) online an- und umgemeldet werden und sogar mit ungestempelt Kennzeichen direkt losfahren. Außerdem werden wir noch in diesem Jahr die Meldebescheinigung voll digital anbieten. Elektronische An- und Ummeldung des Wohnsitzes wird dann ab dem Jahr 2024 ebenfalls möglich sein. Dadurch entfallen Behördengänge, und Anträge können schneller bearbeitet werden. Dies ist eine spürbare Erleichterung für die Berlinerinnen und Berliner, aber auch für das Personal in unserer Verwaltung.

Für die gesamtstädtische Steuerung der Digitalisierungsvorhaben haben wir ein **„Digitalkabinett“** für die Senatsebene eingerichtet, das die Arbeit auch schon aufgenommen hat. Ressortübergreifende Abstimmungen und die gemeinsame Realisierung von Projekten beschleunigen die Digitalisierung der Berliner Verwaltung weiter.



Presse- und Informationsamt
des Landes Berlin
Senatskanzlei
Jüdenstraße 1
10178 Berlin

Tel. (030) 90 26-24 11
presse-information@
senatskanzlei.berlin.de
berlin.de/senatskanzlei